

Hinter den Kulissen: Wer wird die Nachfolge von Daniel Ortega antreten?

Autor: José Antonio Peraza¹, 2026.



©Freepik/Magnific

Als ich mich entschloss, diesen Artikel zu schreiben, stieß ich auf eine große Menge an Informationen, die ich gesammelt und analysiert hatte, aus denen ich jedoch noch keine Schlussfolgerungen gezogen hatte, die praktische oder orientierende Konsequenzen aufzeigen oder skizzieren würden. Es stellte sich das ewige Dilemma zwischen Reflexion und nüchterner politischer Analyse einerseits und der Notwendigkeit zum Handeln andererseits, die ja der Daseinsgrund der Politik ist. Es war diese Notwendigkeit die mich dazu motivierte, alle verfügbaren Informationen unverzüglich zu ordnen und zu analysieren. Die Idee war, einige gemeinsame Gewissheiten zu identifizieren oder zumindest Anhaltspunkte zu finden, die Aufschluss über die Auslegung eines möglichen Übergangsweges geben.

Das erste Problem, mit dem ich konfrontiert war, bestand darin, wie man so viele Informationen verarbeiten sollte, in denen zwar ähnliche Begriffe verwendet wurden, die aber gleichzeitig so unterschiedliche Sichtweisen zum Ausdruck brachten. Begriffe wie Einheit, Koordination, Führung, Hegemonie und Repräsentation. Jede Gruppe verwendet sie öffentlich, setzt sie privat jedoch ganz unterschiedlich um. Einige Gruppen fühlen sich legitimiert, den Prozess zu leiten. Für andere hingegen leitet sich ihre Legitimität aus ihrer Entscheidung ab, nicht mit der Diktatur zu verhandeln, sowie aus ihrer Unbestechlichkeit gegenüber dieser. Für diese gilt daher jedes Streben nach einer Verhandlungslösung als Verrat an den „Idealen“ des Aprils.

Angesichts dieser Realität begann der Analyseprozess mit einem Vergleich von fünf Interpretationsversuchen zu Szenarien des politischen Übergangs, die von verschiedenen Gruppen erstellt worden waren und an denen ich in den letzten drei Jahren teilgenommen hatte oder zu denen ich Zugang hatte: Die erste Szenarioanalyse wurde mit mehreren Oppositionsmitgliedern aus verschiedenen Oppositionsgruppen durchgeführt; die zweite Analyse wurde von einem ehemaligen Mitglied der sandinistischen Führungsriege durchgeführt; eine dritte Analyse basierte auf der Studie eines nicaraguanischen Wissenschaftlers, der ausführlich zu diesem Thema geschrieben hat; die vierte Analyse wurde gemeinsam innerhalb einer der bekanntesten Organisationen der nicaraguanischen Exilopposition durchgeführt; und die letzte wurde von einem in Costa Rica ansässigen Beraterteam erstellt.

Daher wurden für diesen Artikel die fünf zuvor genannten Analysen als Referenz- und Arbeitsmaterial herangezogen, um einen möglichen politischen Übergang in Nicaragua zu verstehen und vorherzusehen. Darunter wird der Prozess verstanden, durch den sich die Machtstruktur der Ortega-Murillo-Diktatur verändert, unabhängig davon, ob das Ergebnis demokratisch ist oder nicht.

1 Politischer Aktivist. Universitätsdozent. Bachelor-Abschluss in Politikwissenschaften an der Universität von Costa Rica. Master-Abschluss in Management von Entwicklungsprojekten an der Universidad Americana. Koordinator für Nicaragua bei „Transparencia Electoral“. Mitglied des Politischen Rates der nicaraguanischen Oppositionsbewegung „Unidad Nacional Azul y Blanco“ und der „Grupo Monteverde“.

Darüber hinaus habe ich meine eigenen Schlussfolgerungen zu diesem Thema berücksichtigt, die ich während meines Stipendiums bei der National Endowment for Democracy (NED) gewonnen habe. Ebenfalls berücksichtigt wurde die Literaturanalyse der Erfahrungen mit dem demokratischen Übergang in Nicaragua in den Jahren 1979 und 1990 sowie die Erfahrungen aus den politischen Übergangsprozessen in Chile, Spanien, Portugal und Nepal.

Wir können jedoch nicht analysieren, wie es mit der Diktatur weitergehen könnte, ohne die Bedeutung des Aufstands im April hervorzuheben. Das heutige Nicaragua kann nicht mehr auf den April als politischen und moralischen Bezugspunkt verzichten, denn der April zeigte eine tiefgreifende Ablehnung der Ortega-Murillo-Diktatur durch die Bevölkerung und setzte der seit dem Ende des bewaffneten Konflikts im Jahr 1990 vorangetriebenen politischen Erzählung ein Ende. Der April veränderte die Natur des politischen Konflikts, indem er die nationale und internationale Legitimität der Diktatur in Frage stellte. Doch der April mit seinem Erbe aus Opfern, politischen Gefangenen, Exilanten und demokratischen Organisationen, die Freiheit, Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenrechte forderten und weiterhin fordern, übt nach wie vor großen Einfluss aus und definiert die Grenzen jedes Übergangsprozesses. Daher wird jede politische Lösung, die die Ursachen und Folgen des Aprils ignorieren will, kaum gesellschaftliche oder politische Legitimität erlangen oder zu einem Übergang zu einer echten Demokratie führen können.

Auf der Grundlage der analysierten Materialien war es relativ einfach, eine erste Frage zu formulieren: **Was könnte kurz- und mittelfristig mit der Diktatur von Ortega-Murillo geschehen?** Die vorläufige Antwort auf diese Frage ermöglicht es, mögliche Szenarien für den Übergang von der Diktatur zu anderen Regierungsformen zu entwerfen, seien diese nun demokratisch (ein Prozess, bei dem ein autoritäres Regime durch demokratische Institutionen ersetzt wird, die von den politischen Akteuren akzeptiert werden) oder nicht.

Aus der Analyse der aktuellen politischen Lage ergaben sich drei Szenarien (Schauplätze der Ereignisse) für den politischen Wandel (Prozess, durch den die Machtstruktur des Regimes verändert werden kann, unabhängig davon, ob das Ergebnis demokratisch ist) in Nicaragua: Eines der Szenarien betont den **inneren Zusammenbruch des diktatorischen Systems**, ein anderes hebt die Notwendigkeit eines starken Drucks seitens der Vereinigten Staaten auf die Ortega-Murillo-Diktatur hervor, um den politischen Wandel zu erzwingen, und ein drittes Szenario setzt auf einen einvernehmlichen Wandel (Verhandlungen) zwischen der Diktatur und der Opposition aufgrund des Patts zwischen beiden Seiten:

Das erste Szenario legt großen Wert auf den **inneren Zerfall** des diktatorischen Systems (ein Regime, in dem der Zugang zur Macht, deren Ausübung und die Machtnachfolge von einer Gruppe kontrolliert werden, die Institutionen, Ressourcen und Zwangsmaßnahmen einsetzt, um freien politischen Wettbewerb zu verhindern und so ihre Macht zu bewahren). Gemäß diesem Szenario würde dieser Übergang

von den Gruppen vorangetrieben, die **die tatsächliche Macht** innehaben: Akteure, die wirtschaftliche Ressourcen (Finanzsektor und Agrarexportsektor), Zwangsmittel (Sicherheitskräfte), nationale und internationale politische Netzwerke sowie einen Teil der katholischen Kirche kontrollieren. All diese Gruppen würden die Zustimmung der Vereinigten Staaten einholen, um den Prozess voranzutreiben, mit dem Ziel, die Stabilität des Regimes zu beeinflussen und die Regeln des politischen Übergangs festzulegen. Es wäre ein konservativer Übergang, der von diesen Gruppen – oder zumindest einem Teil davon – kontrolliert würde und darauf abzielt, den Status quo ohne Ortega zu bewahren. Aufgrund dieser Situation könnte dieser Übergang stark einer Nachfolge ähneln (der Ablösung von Ortega-Murillo, ohne dass sich die Regeln des Regimes notwendigerweise ändern).

Dieser Übergang oder diese Nachfolge wäre dann denkbar, wenn diese Kreise zu dem Schluss kämen, dass die Fortführung des von Ortega eingeführten Modells ihre eigenen Interessen bedroht, was sie dazu zwingen würde, das bis heute bestehende prekäre interne Gleichgewicht zu verändern. Diese Gruppen müssten sich zwischen der Bedrohung ihrer Stabilität durch Ortega und den Forderungen der Vereinigten Staaten entscheiden.

Sie würden auf eine Lösung setzen, die den aktuellen Zustand so wenig wie möglich verändert. Möglicherweise würden sie sich gegen bedeutende politische Reformen wehren. Sollte der Übergang den Charakter einer Nachfolge annehmen, könnte er unter Einbeziehung von Mitgliedern der Familie Ortega, einiger der FSLN nahestehender Netzwerke und unter Beteiligung internationaler Verbündeter erfolgen. Es wäre eine Lösung, die möglicherweise den Gruppen missfallen würde, die nach dem Aufstand von 2018 auf tiefgreifende demokratische Reformen setzen.

Das zweite Szenario des politischen Übergangs legt großen Wert auf den, fast ausschließlich, von den Vereinigten Staaten ausgehenden Druck auf die Diktatur von Ortega-Murillo. In diesem Szenario würde sich die Rolle der Oppositionsgruppen (der erfahrensten unter ihnen) darauf beschränken, die Missstände kontinuierlich anzuprangern und sich darauf vorzubereiten, im Moment einer sich bietenden Gelegenheit in den Übergangsprozess einzugreifen. Der internationale Druck würde die politischen und wirtschaftlichen Kosten für die Diktatur erhöhen, sollte diese die mit den Vereinigten Staaten getroffenen Vereinbarungen nicht einhalten, die möglicherweise nur von der politischen Opposition ratifiziert worden wären.

Diese Vereinbarungen würden zu Spaltungen innerhalb des Regimes führen und Anreize für einen Übergang mit stärkerer Beteiligung der Opposition schaffen. Nahezu alle Szenarien und die herangezogene Literatur deuten darauf hin, dass dieser internationale Druck folgende Ziele nicht erreichen könnte: den Sturz des Regimes, die Schaffung einer glaubwürdigen Opposition, die Organisation des Übergangs und die Schaffung einer Regierungsfähigkeit nach der Ära Ortega.

In der Literatur und in der Praxis wird davon ausgegangen, dass ein erfolgreicher demokratischer Übergang nur mit einer organisierten und koordinierten Opposition gelingen kann, die über eine klare Führung und ein alternatives Konzept für das Land verfügt. Tatsächlich könnte der Druck von außen ohne eine organisierte Alternative genau das Gegenteil bewirken: das Regime schwächen und Spannungen hervorrufen, die einen Übergang zur Demokratie verhindern. Das Ergebnis könnte die Absetzung bestimmter Personen oder die Abschaffung bestimmter Kontrollmechanismen sein, jedoch unter Beibehaltung derselben Machtstrukturen wie unter der Diktatur. **Der Druck von außen kann das Regime zwar schwächen, aber er kann keine Opposition ersetzen, die in der Lage ist, einen Übergang zu gestalten.**

Das dritte Szenario des politischen Übergangs wäre der **einvernehmliche Wandel**. Unter den gegenwärtigen Umständen wäre dies möglicherweise der wünschenswerteste Übergang: eine Verhandlung zwischen der Diktatur und der Opposition. Diese Situation würde sich aus einem Patt zwischen der Opposition und der Diktatur ergeben, bei dem keine der beiden Seiten über genügend Stärke verfügen würde, um sich durchzusetzen, und sie daher gezwungen wären, die Regeln des Übergangs auszuhandeln. Um diesen Prozess voranzutreiben, sind anerkannte und glaubwürdige Verhandlungspartner erforderlich. Die grundlegenden Vereinbarungen würden sich auf die Sicherheit aller Akteure, institutionelle Reformen, Wahlen und die Justiz beziehen. Dies würde bedeuten, die Kontrolle über den Übergang vorübergehend gemeinsam auszuüben, bis freie Wahlen stattfinden, die die neue legitime Führung bestimmen. Die jüngsten internationalen historischen Beispiele, bei denen dieser Ansatz gewählt wurde, waren der Übergang in Chile, die Rundtischgespräche in Polen sowie das Ende und die Abschaffung der Apartheid. Die zentrale Frage wäre, wer im Namen der Opposition verhandeln würde. Ein weiterer grundlegender Aspekt für die Nachhaltigkeit des Übergangs ist, dass er sich nicht (wie es in Nicaragua traditionell der Fall war) auf das Vergessen oder die absolute Straffreiheit von Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen stützen darf. Die Übergangsjustiz darf nicht isoliert vom politischen Übergangsprozess behandelt werden. Das gewählte Modell hängt weitgehend davon ab, wer den Übergangsprozess kontrolliert und wie das Kräfteverhältnis zu diesem Zeitpunkt aussieht. Der Übergang dürfte jedoch nicht als politische Rache verstanden werden, sondern vielmehr als Mechanismus, um die Opfer anzuerkennen und die tatsächlichen Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen zu identifizieren, die Rechenschaftspflicht der Hauptverantwortlichen zu gewährleisten und erst so die Voraussetzungen für nationale Versöhnung und die Nichtwiederholung zu schaffen. Die eigentliche Herausforderung wird darin bestehen, ein Gleichgewicht zwischen Regierungsfähigkeit und dem Recht der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu finden.

Bei dem **vereinbarten Wandel** geht es vor allem darum, ob es eine Opposition gibt, die in der Lage ist, Vereinbarungen auszuhandeln, umzusetzen und zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Hier müsste die Einheit, die Koordination – oder wie auch immer man es nennen mag – zu einem organisierten Verhandlungspartner werden, der reife und verantwortungsvolle Verhandlungen führen und die Vereinbarungen umsetzen kann. Hier wird der Aufbau einer minimalen Koordinationsfähigkeit der Opposition dringend notwendig.

Das ist nicht nur ein organisatorisches Ziel: Es ist eine **sine qua non**-Bedingung für die Einigung über den Übergang. Die Akteure, die den politischen Übergangsprozess steuern sollen, wären: 1. Die Verhandlungsdelegation des Regimes (die über Zwangsmittel, Institutionen und Ressourcen verfügt); 2. Eine anerkannte Oppositionsführung (die ihre Basis mobilisieren und koordinieren kann); 3. Internationale Garanten: OAS, UNO, Europäische Union und die Vereinigten Staaten an der Spitze. Letztere würden Anreize für Fortschritte in den Verhandlungen schaffen und Sanktionen bei Nichteinhaltung festlegen.

Mit der Beschreibung der drei Szenarien wurde die Frage bereits beantwortet, was in den kommenden Monaten passieren könnte. Alle verfügbaren Informationen wurden auf drei mögliche Entwicklungswege reduziert: **interner Zusammenbruch des Regimes, äußerer Druck als Auslöser und ein zwischen der Diktatur und der Opposition vereinbarter Umbruch**. Doch hier haben wir lediglich das Szenario beschrieben. Es bedarf eines qualitativ tiefergehenden analytischen Schritts, da die Szenarien lediglich ein Instrument zur Identifizierung möglicher Regelmäßigkeiten im politischen Übergangsprozess sind. Die eigentliche strategische Frage lautet: **Wer wird die Nachfolge des Regimes kontrollieren, wenn die persönliche Kontinuität Ortegas nicht mehr tragbar ist?** In dieser Frage laufen die drei Szenarien zusammen.

Szenarien sind Ereignisse, die im Verlauf eines politischen Übergangsprozesses eintreten können. Sie können jedoch nicht automatisch erklären, wer zu Beginn des Übergangs die Entscheidungen treffen wird. Es ist wichtig zu wissen, wer den Übergangsprozess leiten wird. Die herangezogene Literatur zeigte, dass viele Übergänge von einigen Akteuren initiiert und anschließend von anderen kontrolliert werden können. Der Aufstand in Nicaragua im April 2018 zeigte, dass die Sektoren, die sich am aktivsten für demokratische Öffnung einsetzten, nicht diejenigen sind, die heute die Oppositionsgruppen anführen. In Nicaragua bedeutete der Sturz Somozas im Jahr 1979 nicht, dass alle Oppositionellen das neue Regime kontrollierten. Es waren die bewaffneten Gruppen, die den politischen Übergangsprozess kontrollierten, der alles andere als demokratisch war. Die entscheidende strategische Frage lautet nicht, wer die diktatorische Struktur stürzt, sondern wer den Übergang tatsächlich organisiert.

Letztendlich treffen in allen drei Szenarien dieselben Akteure aufeinander: diejenigen, die tatsächlich Entscheidungsbefugnis besitzen. Die Analyse der Szenarien zeigt, dass es für die Opposition sehr schwierig sein wird, den Übergang einzuleiten, sie jedoch Einfluss darauf nehmen kann, wer ihn steuert und nach welchen Regeln er abläuft. Mit anderen Worten: Der Fokus verlagert sich von der Szenarioanalyse hin zu den Machtgruppen, die den Übergang beeinflussen können (Akteure), zu den tatsächlichen Ressourcen, die den Prozess beeinflussen (Kapazitäten), und zu den Befugnissen, die Regeln des Prozesses festzulegen (Kontrolle über den Übergang).

Das bedeutet, dass die aktuellen Bedingungen des Übergangs erfordern, dass die Opposition ihren Einfluss verstärkt, um die Ergebnisse des Übergangs zu beeinflussen. Zu den notwendigen Maßnahmen, damit die Opposition zu einem ernstzunehmenden Gesprächspartner wird, gehören:

Eine **Mindestkoordination** aufbauen, **anerkannte Sprecher** benennen und **nach einer gemeinsamen Agenda** sprechen. Nur so werden die Vereinbarungen zum politischen Übergang die unverzichtbare Beteiligung der Opposition erfordern.

1. **Einen vollständig kontrollierten Übergang verhindern** durch die Gruppen, die **die tatsächliche Macht innehaben**, insbesondere durch die **Elite des Regimes**. Dazu bedarf es einer ständigen Forderung nach einer **überprüfbaren Demokratisierung**, einer Mobilisierung, die internationale Unterstützung für die Demokratisierungsprozesse einfordert, sowie der **Anprangerung jeglicher Abkommen**, die auf die Fortsetzung der Diktatur abzielen, um den demokratischen Übergang zu vereiteln.

2. Die Opposition muss sich **auf die Regierungsarbeit** vorbereiten, nicht nur darauf, Missstände anzuprangern und zu protestieren.

In der gegenwärtigen Lage wäre es der größte strategische Fehler der Opposition anzunehmen, dass der Wandel von ihrer Fähigkeit abhängt, das Regime zu stürzen. Die aus der Analyse der verschiedenen Szenarien gewonnenen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass der Wandel wahrscheinlich dann beginnen wird, wenn Teile des Systems selbst zu der Erkenntnis gelangen, dass Ortega-Murillo die Stabilität nicht mehr gewährleisten können. Es gibt jedoch noch viele weitere Aspekte zu berücksichtigen: Man darf Einheit nicht mit Koordination verwechseln; die Annahme, dass der Zusammenbruch des Regimes das Problem der Zersplitterung lösen wird, ist trügerisch, da die historische Erfahrung das Gegenteil zeigt – bereits 1990 verschärfte sich der Kampf zwischen den Oppositionskräften; alle Hoffnungen für den Übergang einseitig auf den Einfluss externer Akteure zu setzen, greift zu kurz, da die herangezogene Literatur nahelegt, dass ein frühzeitiger Streit um die Führungsrollen kontraproduktiv ist, um minimale Einigungen zu erzielen; zudem schwächt das Festhalten an ideologischen oder politischen Dogmen die politische Wirksamkeit massiv.

Aus einer anderen Perspektive betrachtet wird der Übergang zunächst stärker von der internen Neuordnung der sandinistischen Macht und der ihr nahestehenden Gruppen abhängen als von den Maßnahmen der Opposition. Daher ist es am wahrscheinlichsten, dass der Übergang beginnt, wenn Teile des Regimes selbst zu dem Schluss kommen, dass Ortega keinerlei Stabilität mehr gewährleistet. Genau an dieser Stelle kommt dem Druck der internationalen Gemeinschaft, und insbesondere dem der Vereinigten Staaten, eine entscheidende Rolle zu.

Nach eingehender Prüfung der verschiedenen Analysen (darüber, was passieren könnte und wer die Entscheidungen treffen wird) lässt sich leicht der Schluss ziehen, dass der Übergang nicht mit einem überwältigenden Sieg der Opposition beginnen wird. Am wahrscheinlichsten ist, dass er dann einsetzt, wenn die tatsächlichen Machtgruppen innerhalb des Regimes zu der Erkenntnis gelangen, dass Ortega ihren Fortbestand nicht mehr gewährleistet und die Aufrechterhaltung des Status quo daher unhaltbar wird.

Unter den gegenwärtigen Umständen scheint diese Pattsituation für die Opposition nur durch internationalen Druck, insbesondere seitens der USA, und durch eine entschlossene Vorbereitung zu überwinden zu sein. Dazu gehören vor allem eine koordinierte Agenda, anerkannte Sprecher, glaubwürdige Forderungen nach Demokratisierung, der Dialog mit Teilen der Machtelite sowie der Übergang von bloßer Kritik hin zu echter Regierungsfähigkeit

Die zentralen Probleme der Opposition sind nicht mangelnde Legitimität, sondern ihre Unfähigkeit, Maßnahmen zu koordinieren und eine gemeinsame Erzählung aufrechtzuerhalten, die sie als tragfähige und gültige Alternative zur Ablösung der Diktatur positioniert. Internationaler Druck wird hilfreich sein, um Möglichkeiten zu eröffnen, kann jedoch nicht die Arbeit einer organisierten und gut vorbereiteten Opposition ersetzen, die über einen realistischen Plan zur Bewältigung des Übergangs verfügt.

Die Gefahr eines autoritären Wandels ohne Demokratie ist in der Geschichte Nicaraguas während des gesamten 20. Jahrhunderts allgegenwärtig. Der entscheidende Akteur wird sicherlich nicht derjenige sein, der am stärksten für die Demokratie gekämpft oder die lautesten Anklagen erhoben hat, sondern derjenige, dem es gelingt, Einfluss auf die Regeln der Nachfolge selbst zu nehmen.

Die Opposition wird nur dann eine bedeutende Rolle spielen, wenn sie sich gegenüber den Machthabern und der internationalen Gemeinschaft als glaubwürdiger Gesprächspartner etabliert. Ohne diese Fähigkeit kann sie zwar am Übergang teilnehmen, wird aber kaum Einfluss auf dessen Richtung nehmen können. Der Opposition muss klar sein, dass es zwar eine Nachfolge oder einen Übergang ohne Opposition geben kann, eine stabile demokratische Konsolidierung ohne sie jedoch kaum möglich sein wird.

Autor

José Antonio Peraza, 2026.

Politischer Aktivist. Universitätsdozent. Bachelor-Abschluss in Politikwissenschaften an der Universität von Costa Rica. Master-Abschluss in Management von Entwicklungsprojekten an der Universidad Americana. Koordinator für Nicaragua bei „Transparencia Electoral“. Mitglied des Politischen Rates der nicaraguanischen Oppositionsbewegung „Unidad Nacional Azul y Blanco“ und der „Grupo Monteverde“.

Rechtlicher Hinweis

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Büro Costa Rica und Panama

<https://www.kas.de/es/web/costa-rica-und-panama>

Haftungsausschluss:

Die in diesem Dokument geäußerten Meinungen liegen in der alleinigen Verantwortung des Autors und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Konrad-Adenauer-Stiftung wider.



Der Text dieser Veröffentlichung unterliegt der Creative-Commons-Lizenz:

«Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International», CC BY-SA 4.0
(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)